

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Das ist richtig, und das ist der Unterschied zwischen freier und sozialer Marktwirtschaft. Jawohl.

Haschke (CDU/DA):

Und wir sind angetreten für die soziale Marktwirtschaft.

Pietsch (Bündnis 90/Grüne):

Ganz genau, aber ich habe es im Ohr. Herr Abgeordneter Schwarz z. B. hat gesagt, er ist für freie und soziale Marktwirtschaft. Und ich glaube, das funktioniert nicht.

Haschke (CDU/DA):

Nein, ich glaube auch. Gut, wir verstehen uns.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Sind Sie bereit, weitere Fragen zu beantworten? - Dort und dann dort, und dann denke ich, beenden wir die Anfragen.

'Mäder (Bündnis 90/Grüne):

Ich möchte einen Antrag stellen. Darf ich die Frage der CDU beantworten auf Beispiele über den Punkt Schwerbeschädigte oder Behinderte? - Vielleicht setzen sich die Herren der CDU einmal mit dem Schwerbeschädigtenverband Halle-Neustadt in Verbindung. Da können Sie nicht nur zwei, sondern viele Beispiele erfahren.

Zwischenbemerkung einer Abgeordneten:

Herr Abgeordneter, Sie haben mich auch zitiert, und ich muß Ihnen recht geben. Ich betrachte das auch mit Sorge. Das wird in der Bundesrepublik Deutschland schon gemacht, daß Betriebe die Ablösungssumme zahlen und den Arbeitsplatz nicht besetzen. Es geht um die Integrierung dieser Leute in den Arbeitsprozeß. Meine Sorge ist nur, daß wir jetzt nicht wegen dieser Passage das Gesetz platzen lassen, das ja viele positive Aspekte enthält. Könnten wir uns nicht irgendwie zu einem Antrag verständigen, daß das aufgenommen wird und jetzt noch - nicht heute in der Sitzung - eine Nachbesserung zu stattfindet? Mir ist das Anliegen, das Sie hier vorgetragen haben, wichtig. Ich möchte nicht, daß es verlorengeht, und es wäre mir schlimm, wenn ich wegen dieser Sache gegen das Gesetz stimmen müßte, das viele andere positive Sachen enthält.

Aber Ihre Sorgen teile ich, ich finde Ihre Sorgen realistisch, und ich finde, das ist eine ernste Gefahr für die Schwerbeschädigten.

(Stellenweise Beifall)

Ich teile Ihre Auffassung, daß wir dieses Gesetz dringend brauchen, und ich würde auch dem Gesetz zustimmen unter der Voraussetzung, daß das geändert würde. Ich muß dazu sagen, daß im Ausschuß entsprechende Anträge Vorgelegen haben und nicht durchgekommen sind.

Nun noch ein Wort zu Ihnen. Wir übersehen, daß es oftmals keine Frage der Finanzen ist, sondern soziale Integration setzt Verständnis voraus,

(Beifall)

setzt Berührung voraus, und es wird oft leichtfertig davon ausgegangen, daß man irgend etwas, was man sich sagen läßt oder irgendwo liest, übernimmt.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Hier liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor.

(Zuruf: Frau Präsidentin! Ich stelle fest, daß der Abgeordnete, der eben gesprochen hat, nicht Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales ist. Trotzdem verfügt er über Detailkenntnisse dessen, was da in nichtöffentlicher Aussprache passiert ist. Ich möchte prüfen, ob es sinnvoll ist, solche Einzelergebnisse hier preiszugeben. Wozu dann die Nichtöffentlichkeit des Ausschusses?)

Ein Geschäftsordnungsantrag lag jetzt eben nicht vor, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß die Abgeordneten unter sich sehr wohl Informationen austauschen können. Sonst könnte wohl unsere Arbeit hier in der Kammer nicht stattfinden.

(Beifall)

Die nächste Wortmeldung betrifft die Fraktion der PDS; der Abgeordnete Jürgen Demloff spricht vom Platz aus.

Demloff für die Fraktion der PDS:

Verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich habe meiner parlamentarischen Pflicht genügt, indem ich objektiv die Meinung der Mehrheit des Ausschusses hier vorgebracht habe. Die Minderheit in diesem Ausschuß war unter anderem ich. Ich möchte das betonen, und deshalb gestatten Sie mir, als Beitrag meiner Fraktion zu dieser Problematik meine persönliche Meinung zu sagen.

In der Gesellschaftspolitik der vergangenen Jahre blieben die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen mit Behinderungen vielfach unberücksichtigt.

(Zuruf: Eben, eben!)

Ich habe über zwanzig Jahre weitestgehend ohne Ihre Unterstützung dafür gekämpft, daß sich das ändert. Um so größer sind die Hoffnungen und Erwartungen dieses mit 13 bis 15 % nicht unbedeutenden Teils der Bevölkerung und ihrer Familien, und das ist schon keine Randgruppe mehr.

Wir brauchen für die Umwandlung der DDR in einen modernen, marktwirtschaftlich, aber vor allen Dingen sozial organisierten und orientierten Staat dringend die Aufarbeitung der Versäumnisse der Vergangenheit. Und wir brauchen dafür die Nutzung der Vorzüge und gesetzlichen Regelungen der BRD, die weitergehend sind als unsere, und vor allen Dingen auch der europäischen Regelungen, die weitergehender sind als die der BRD.

Aber es geht vor allen Dingen darum, daß wir als Gesetzgeber mitwirken, Bedingungen zu schaffen, daß Menschen mit Behinderungen ein wirklich selbstbestimmtes Leben führen können im Sinne der international verbreiteten Independent Movement, d. h. in gewissem Sinne einer Bewegung, eines autonomen, unabhängigen Lebens auch für Menschen mit schwersten Behinderungen.

Mit dem vorgelegten Gesetz zur Sicherung der Eingliederung der Schwerbehinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft werden allerdings - das muß ich ganz klar sagen - die Forderungen der Behinderten nicht erfüllt. Es werden nicht erfüllt die Forderungen der internationalen Konferenz.

Wir haben am 17. Juni, am Tag der Einheit, gemeinsam beraten, die Behindertenverbände der DDR und der BRD, wie die Gestaltung des zukünftigen deutschen Staates, der aus beiden erwachsen soll, aussehen wird. Die 60 Behindertenverbände der BRD haben ganz kategorisch gefordert: Es muß zumindest das jetzt bestehende System gesetzlicher Regelungen der BRD übernommen werden, einschließlich aller Nachteilsausgleiche, einschließlich der Leistungsparameter.